



Pressemitteilung / Bericht

Ansbach, 30. Oktober 2011

Anti-Fluglärm-Proteste in Berlin: „Etz langt's!“ macht Belastungen zum Thema in der Hauptstadt

Staatssekretär: Entlastung der Bürger bei bestehendem Ausmaß der Stationierung „kaum möglich“

Bekanntnis zur Solidarität zwischen Ansbach und Grafenwöhr – Notlandung von US-Hubschrauber

Mit einem „Frankenstreich“ im Regierungsviertel, einer Kundgebung am Brandenburger Tor und der Beschallung der US-Botschaft mit militärischem Fluglärm aus Ansbach haben 50 Mitglieder und Unterstützer der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ die Belastungen der Menschen in Westmittelfranken durch Fluglärm und Abgase infolge der massiven Militärpräsenz thematisiert. Betroffene aus Stadt und Landkreis Ansbach sowie dem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und aus dem Umfeld des US-Truppenübungsplatzes Grafenwöhr forderten in diesem Rahmen mehr Schutz für ihre Lebensqualität und Gesundheit ein. In Redebeiträgen kritisierten die Bürger, dass das Festhalten gerade an nächtlichen Überflügen „unerträglich“ und „menschenverachtend“ sei. Insbesondere die arbeitende Bevölkerung und die Kinder litten dadurch unter Schlafentzug und Konzentrationsproblemen. „Der Betrieb dieser Basen ist in unserer dicht besiedelten Region schlichtweg unverantwortlich“, lautete das Credo.

Während eines 45-minütigen Gesprächs mit Staatssekretär Christian Schmidt im Verteidigungsministerium schilderten BI-Mitglieder die Folgen der US-Basen für die Region: Bad Windsheim sei die einzige deutsche Kurstadt mit einem Militärstandort in unmittelbarer Nähe. Die permanenten Überflüge gefährdeten das Prädikat Heilbad und somit die wirtschaftliche Grundlage im Aischgrund. In den östlichen Ansbacher Stadtteilen tendierten zunehmend Menschen dazu, infolge des Fluglärms ihre Heimat zu verlassen. Dies scheitere jedoch an durch die Nähe zur Militärbasis immer weiter absinkenden Grundstückswerten. Auch im Umfeld der Überflugrouten im Landkreis Ansbach sei das einstige „ruhige Wohnen im Grünen“ zur „Farce“ geworden.

Zwar habe man „Verständnis für die Proteste“ und bemühe sich um eine „Entzerrung der Überflugräume“, beteuerte Schmidt, allerdings sei eine spürbare und dauerhafte Entlastung der Bürger bei bestehendem Ausmaß der Stationierung „kaum möglich“. In Aussicht stellte der Staatssekretär die Lieferung von Daten, die die US-Armee verweigere, durch das Ministerium: So sollen Angaben über die Anzahl der Flugstunden gemacht sowie die Gesundheitsgefährdung des Treibstoffs JP-8 und das Vorhandensein strengerer Flugbestimmungen in den USA geprüft werden.

Entschieden verwehrt sich die BI-Delegation gegen die Einschätzung des Ministeriums aufgrund Aussagen Ansbacher Lokalpolitiker, die Region fordere die Verlagerung von Flügen nach Grafenwöhr. Vielmehr lehne man das Sankt-Florians-Prinzip kategorisch ab und strebe eine Verlagerung von Flügen in unbesiedelte Gebiete der USA an. Die BI erneuerte gemeinsam mit dem mitgereisten Vertreter der Oberpfälzer Initiativen gegen Militärlärm, Rainer Knoll, das klare Bekenntnis zur Solidarität der engagierten Bürger zwischen Ansbach, Illesheim und Grafenwöhr.

In der anschließenden zweistündigen Debatte mit Luftwaffenoffizieren räumte Oberstleutnant Hammes ein, dass infolge von „Radarschatten“ viele Tiefflüge von US-Kampfhubschraubern nicht erfasst werden könnten. So übten die US-Helikopter oftmals das Unterfliegen von Stromleitungen. Hammes erklärte weiterhin, dass die Flugtätigkeit an US-Basen höher sei als an jenen der Bundeswehr. Anhand von statistischen Auswertungen wurde deutlich, dass etwa am Luftwaffenstützpunkt Roth nach 17 Uhr kaum noch Flüge stattfinden, während in Ansbach und Illesheim des nachts die Belastung enorm ist.

Die räumliche Ausdehnung der Belastung ist demnach 2011 gestiegen: Neben Gebieten im kompletten Aischgrund, an der Oberen und Mittleren Altmühl sowie im Ansbacher Osten sind auch zunehmend Räume Richtung Grafenwöhr betroffen. Die BI erhält inzwischen verstärkt Beschwerden aus den Landkreisen Erlangen-Höchstadt, Nürnberger Land und Neumarkt. Durch einen Trick dürfen die in Illesheim stationierten Apaches zudem an vier statt an zwei Tagen bis nach Mitternacht fliegen: Der Flugraum wurde kurzerhand zweigeteilt, in jedem Teil kann im Sommer jeweils zweimal pro Woche bis zwei Uhr morgens geflogen werden.

Die BI-Mitglieder werteten die auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Kornelia Möller (Die Linke) zustande gekommene Reise nach Berlin als Erfolg. Man habe zur weiteren Sensibilisierung der Bundespolitik beitragen können und Fehlinterpretationen seitens des Verteidigungsministeriums korrigiert. Die BI-Delegation forderte Staatssekretär Schmidt auf, für eine Lösung im Sinne der Bürger zu arbeiten. Es liege nun an ihm, als ersten Schritt eine Gleichstellung von militärischen mit zivilen Flugplätzen herbeizuführen, wie es im Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Im Mai hatten Union, FDP und SPD (bei Enthaltung der Grünen) einen Vorstoß der Linksfraktion in diese Richtung noch mehrheitlich abgelehnt. Sein Ministerium verfüge auch über die Kompetenz, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr festzuschreiben. Der Oberzenner Schmidt müsse sich nun für die lärmgeplagte Bevölkerung in seiner Heimat einzusetzen, strichen die BI-Mitglieder heraus. „Es wird nicht die letzte Reise nach Berlin gewesen sein“, betonten die Teilnehmer abschließend: „Wir kommen wieder.“

US-Kampfhubschrauber notgelandet

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist vergangenen Dienstag ein Ansbacher US-Helikopter auf dem Weg nach Ramstein nur knapp einem Absturz entgangen. Wie die Tageszeitung *Rheinpfalz* berichtet, musste die Maschine nahe Mehlingen notlanden. Bereits vergangenes Jahr stürzte ein Black-Hawk bei Viernheim ab. „Muss erst ein Unglück geschehen, bevor ein Überflugverbot von Wohngebieten durchgesetzt wird?“, sorgt sich die BI, die daran erinnert, dass die US-Hubschrauber im Gegensatz zur Bundeswehr auch mit angehängten Lasten über bebautes Gebiet fliegen.

gez. *Boris-André Meyer, Pressesprecher*